

Julia Klöckner, MdL
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1
4. Plenarsitzung, Mittwoch, 22. Juni 2016

Aktuelle Debatte:
„Hahn-Verkauf kostet Millionen –
Folgen für Region und Mitarbeiter ungewiss“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

22.06.2016

I. Anrede,

der Flughafen Hahn ist vor Jahren **nicht auf die Beine gestellt** worden, damit er irgendwann mit einer **Millionen-Mitgift** aus der Staatskasse und mit **Unsicherheiten für Mitarbeiter** und Region an ein unbekanntes Unternehmen aus China **verschenkt** wird.

Das war gewiss nicht das Ziel.

Dass es aber so gekommen ist, das ist dem Regierungshandeln unter Herrn Beck und Frau Dreyer geschuldet.

Zum **Not-Verkauf** kam es:

- nachdem die SPD-geführte Landesregierung die **Fraport** rausgedrängt hatte, die bis dato die Verluste trug,
- nachdem es zu **Unregelmäßigkeiten** am Hahn gekommen ist unter einem Führungspersonal, das die volle Rückendeckung der Landesregierung genoss,
- nachdem **kein tragfähiges Betriebskonzept** entwickelt worden ist, sondern die Misswirtschaft Millionen Steuergelder kostete und Vermögen verzehrte,
- nachdem Frau Dreyer über 160 Millionen Euro Bürgergeld zur **Umschuldung** in die Hand nahm, um eine drohende Insolvenz kurzfristig noch einmal abzuwenden,
- nachdem es seit Jahren **nicht gelungen** ist, einen geeigneten **Investor** zu finden.
- Ein "**Investor**" ist übrigens **etwas anderes als nur ein "Abnehmer"**. Ein Investor bringt Geld mit, ein Konzept auch.

Nicht die EU-Kommission ist also schuld am Niedergang, sondern die Regierenden. Der Flughafen-Betrieb wurde, wie vom Kollegen Weber zutreffend formuliert, von der SPD über zehn Jahre „**versemmelt**“.

Dabei versprach doch der damalige SPD-Wirtschaftsminister **Hering, dass der Hahn 2016 eine schwarze Null schreiben** würde. 2016 haben wir jetzt. Eine schwarze Null nicht. Diese Versprechen halfen nicht dem Hahn, aber der SPD über zwei Landtagswahlen hinweg. Das ist **Wählertäuschung**.

Erinnern wir uns: Frau Dreyer und Herr Lewentz beteuerten zu Beginn des Jahres, der Flughafen könne nicht **vor der Landtagswahl** veräußert werden, die Vertragsverhandlungen seien nicht abgeschlossen.

Jetzt, nach der Wahl, soll plötzlich alles ganz schnell gehen.

Frau Dreyer, heute wissen wir, dass die Verträge **schon längst ausverhandelt** waren. Ein Wahlüberbrückungsprogramm, wie beim Nürburgring! So machte das auch Kurt Beck, Ihr Ziehvater.

Mit einem Gesetz in Hauruck-Manier soll der Landtag dem Verkauf an den erstbesten Bieter zustimmen.

- An eine **Firma, die selbst in China keiner kennt;**
- **ohne eine Prüfung des Geschäftskonzepts des Käufers durch externe Gutachter;**
- zu einem - wie wir hören - niedrigen Preis, der belegt, dass der Flughafen **versichert, und nicht verkauft wird;**
- in einem Tempo, welches eine **sachgerechte parlamentarische Befassung unmöglich** macht;
- in einem **Verfahren, das alles andere als transparent ist .**

Welche **Vorgaben**, Frau Dreyer haben Sie eigentlich der **KPMG** gemacht? Schnelligkeit vor Gründlichkeit?

Die CDU-Landtagsfraktion ist nicht per se gegen einen Verkauf des Flughafens – alleine schon deshalb nicht, weil diese SPD-geführte Landesregierung deutschlandweit das beste Beispiel dafür bietet, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist.

Aber wir sind mehr als skeptisch bei einem Verkauf

- **um jeden Preis,**
- **bei dem noch Millionen mitgegeben werden,**
- **mit einem Blankoscheck,**
- **ohne konkretes Konzept,**
- **mit ungewisser Zukunft für Mitarbeiter und Region!**

Frau Dreyer, Sie wollen Ihre eigene Verantwortung durch das Gesetz auf andere delegieren.

Doch **keiner weiß genau, wer diese Käufer sind**, sie sind selbst Branchenkennern unbekannt. Journalisten waren vor Ort in Shanghai, denn von Ihrem Investor, dem Sie Ihr volles Vertrauen schenken, gibt es keine öffentliche Mailadresse, keine Homepage, keine Telefonnummer.

Warum verlangen Sie von ihm nicht das, was sie auch von Ihren Kommunen im Land verlangen: **maximale Transparenz, Frau Dreyer?**

Die Firma hat einen unbeschrifteten Büroraum, veraltete PCs, nichts weist auf irgendwelche Geschäftstätigkeiten in der Flugbranche hin, keiner weiß vor Ort etwas. **Und diesem Phantom wollen Sie das Schicksal der Menschen im Hunsrück und das Geld der Steuerzahler aus Rheinland-Pfalz anvertrauen, Frau Dreyer?**

Bei **Ihrem Amtseid** vor vier Wochen haben Sie geschworen, **Schaden vom Land** abzuwenden. Wir möchten Sie im Namen der Bürger dieses Landes ausdrücklich daran erinnern.

Wohlklingende Absichtserklärungen sind zu wenig. Damit hat das Land bereits am Nürburgring sehr schlechte Erfahrungen gemacht.

Klare Maßnahmen wie genau beispielweise weitere Frachtairlines an den Hahn geholt werden sollen, fehlen.

Das einzig Konkrete: **die hohen Summen, mit denen die SPD-geführten Landesregierungen den Flughafen subventioniert haben.** Über 166 Millionen Euro sind seit dem Jahr 2013 in den Hahn geflossen, über 70 Millionen Euro an Beihilfen hat die Landesregierung bereits dem neuen Käufer versprochen. Was verspricht er? Vage Hoffnungen.

Anrede,

Sie haben bei Ihrem Hahn-Veräußerungsgesetz **maximale Transparenz** angekündigt, Frau Dreyer. Und bei einem Gesetzgebungsverfahren muss dann der gesamte Prozess öffentlich sein.

Aber was tun Sie? **Sie spielen vor, mit diesem Hahn-Veräußerungsgesetz Transparenz zu schaffen, in Wahrheit ist es nur eine Scheintransparenz.**

Der Gesetzestext ist **zwar öffentlich zugänglich.** An vielen Stellen verweist er aber auf Einzelheiten des Vertrages und seine Anlagen. Kennen Sie die Unterlagen, frage ich die Zuschauer und anwesenden Gäste?

Nein - dürfen Sie auch nicht, weil alles der Geheimhaltung unterliegt. **Der Bürger kann das Gesetz ohne Anwendungshilfe gar nicht lesen.**

Wie hoch ist der Kaufpreis?

Wie hoch ist die Haftung, in die sich das Land – und damit der Steuerzahler – begibt?

Für welche Folgen haftet das Land konkret?

Keine dieser Fragen wird durch das Gesetz beantwortet. Das ist die Transparenz von Frau Dreyer, meine Damen und Herren! Eine **Pseudo-Transparenz**.

Anrede,

Noch einmal, bevor man dem Gesetz überhaupt guten Gewissens zustimmen kann, müssen doch folgende Fragen geklärt sein:

1. Wer steckt wirklich hinter den chinesischen Käufern am Flughafen mit einem eingetragenen Kapital von lediglich knapp 70 000 Euro?
2. Welche Garantien gibt der Käufer ab? (Im Gesetz ist ausschließlich von Garantien des Verkäufers die Rede.)
3. Gibt es eine schlüssige Entwicklungsstrategie (oder sind es nur wenige ausgefeilte und kaum Entwicklung versprechende Ideen wie in Parchim oder Lübeck)?
4. Sind Arbeitsplätze gesichert, falls ja, welche und wie lange?
5. Profitiert der Verkäufer von einem möglichen Weiterverkauf mindestens innerhalb einer Frist von einigen Jahren?
6. Gibt es Vertragsstrafen oder Rückfallregelungen, falls der Flughafen innerhalb eines Übergangszeitraumes schließen/verkleinern muss?
7. Gibt es weitere Zusicherungen aus anderen Haushalten, wie etwa Schulung und Weiterbildung? Wurden weitere Stakeholder, die hohe Investitionen getätigt haben, zu einer möglichen neuen Strategie befragt (VG Cargo, HaiTec u. a.)?
8. Wie hoch ist der Kaufpreis und wie es der abgesichert? Fließt hier tatsächlich Geld oder wird der Betrag nur verrechnet?

Dem konkreten Ausgeben von Steuergeldern entspricht kein konkreter Gegenwert! Nur Illusion und Hoffnung. Die Landeshaushaltsordnung sieht vor, dass in einem Fall wie hier **Bürgschaften und Garantien** durch ein Landesgesetz der Höhe nach bestimmt werden müssen.

Und was macht die Ampel? Sie nennt im Gesetz keine Höhe, sondern verweist auf Regelungen im Vertrag. Die sind nicht öffentlich bekannt. Wo ist hier die **Transparenz**?

Die LHO sieht vor, dass das **Finanzministerium ausdrücklich einem Verkauf zustimmen muss**¹. Und was macht die Ampel? Sie schließt diese Vorschrift in ihrem Hahn-Veräußerungsgesetz² einfach aus. Warum?

Sie, Frau Dreyer, haben mit Ihrem Gesetz angekündigt, bewusst die Abgeordneten über den Verkauf des Flughafens entscheiden zu lassen und somit das Parlament einzubinden. **Und was geschieht?**

Sie legen den Abgeordneten zunächst Verträge vor, ohne die nötigen Anlagen beizufügen.

Auf **Nachfrage** fügen Sie dann **zwei Wochen später** die Anlagen bei. Diese sind nicht nur von enormem Umfang, sondern teilweise auch noch in **englischer Sprache** verfasst, was die Durchsicht verzögert.

Der von der Ampelregierung angedachte **Zeitplan bis zur Verabschiedung des Gesetzes** macht es völlig unmöglich, dass alle Abgeordneten sich selbst ein genaues Bild von dem Inhalt dieser Anlagen machen.

¹ § 39 Abs. 2 Satz 1 LHO RLP

² Vgl § 1 Abs. 2

Auch dies zeigt wieder: Ihre Transparenz ist eine Scheintransparenz; in Wahrheit geht es Ihnen wie auch beim Nürburgring wieder darum, **Fehler und Abläufe zu vertuschen**.

Die CDU-Fraktion plädiert für eine Anhörung. Wir wollen uns anhand der Einschätzung von Sachverständigen ein detailliertes Bild über das vermeintliche Geschäftskonzept des Käufers machen.

Wir fordern Sie auf, die **Voraussetzungen** zu schaffen, die für ein transparentes Gesetzgebungsverfahren notwendig sind.

Denn es ist einem gewählten Parlament, frei gewählten Abgeordneten unwürdig, dass sie sich aus **Geheimunterlagen** informieren, die sie später gar nicht nutzen können und dürfen. Unter maximaler Transparenz verstehen wir Christdemokraten etwas anderes, Frau Dreyer - und die Bürger sich auch.